

ca

Sa/no. Ind.861.5

133.K

25. September 1974

Entsch. BR

- Wird auf W. Senar
Gebadet.

- CIAJ soll in diese
Antwort unterbunden.

(Zettel mit entsprechenden
Vermerk von Bundes-
präsident Brugger hängt
hier an an. Exemplar)

An.

Notiz an Herrn Bundespräsident Brugger

Beantwortung der Interpellation von
Nationalrat Kloter betreffend Ent-
wicklungshilfe an Indien

Herr Bundespräsident,

1. Die Interpellation Kloter betreffend die schweizerische Ent-
wicklungshilfe an Indien lautet: Ist der Bundesrat nicht auch
der Meinung, dass unsere Hilfe solange unterbunden werden soll,
als die Regierung des Landes Atombombenentwicklung betreibt ?
Welche Beträge wurden von unserem Land bisher in Indien in-
vestiert ?
2. Das EPD wird dem Bundesrat an seiner Sitzung vom nächsten Mon-
tag 30. September einen Antrag für die Beantwortung dieser In-
terpellation (Beilage I) unterbreiten. Darin schlägt das EPD
vor, "Die Schweiz solle auf neue Projekte der Entwicklungszu-
sammenarbeit mit Indien verzichten". Laufende Projekte sollen
weitergeführt werden.
3. Der nun vorliegende Antrag ist mit der Handelsabteilung nicht
abgesprochen worden. Ein erster Entwurf, zu dem wir unsere Zu-
stimmung gegeben haben und der in ausgewogener Weise die Wei-
terführung unserer bisherigen Entwicklungspolitik gegenüber
Indien begründet, wurde von Herrn Bundesrat Graber zurückge-
wiesen. (Beilage II) Er hat persönlich - gegen den Dienst für
Technische Zusammenarbeit und die Politische Direktion - die
jetzt vorliegende Formulierung verlangt.
4. Wir sind der festen Ueberzeugung, die, wie bereits erwähnt,
auch von den zuständigen Direktionen des EPD geteilt wird,



dass eine Erklärung der schweizerischen Regierung im Parlament im beabsichtigten Sinne nachteilige Konsequenzen auf unsere politische und wirtschaftlichen Beziehungen zu Indien, aber auch zur gesamten Dritten Welt, auf unsere Stellung in vielen internationalen Organisationen und ganz allgemein auf unsere Stellung in der Welt als neutraler Staat haben müsste. Es besteht unserer Ansicht nach kein Grund, von unserer Hilfspolitik gegenüber Indien, das bisher ein Schwerpunktsland war, abzuweichen. (Verpflichtungen bei der Technischen Zusammenarbeit seit 1961: 41 Mio Fr.; Verpflichtungen des Bundes der Finanzhilfe seit 1966: rund 91 Mio Franken; dazu kommen Verpflichtungen bei der ERG).

Es scheint uns, dass die Schweiz als neutrales Land bei der Beurteilung der indischen Atompolitik, der komplexe interne und internationale Überlegungen zugrunde liegen, die gebotene Zurückhaltung üben sollte. Wir möchten Sie deshalb ersuchen, an der kommenden Bundesratssitzung dafür einzutreten, dass der Entwurf des EPD zur Beantwortung der Interpellation Kloter zur Neuüberarbeitung, im Rahmen des vom Bundesrat eingesetzten interdepartementalen Komitees für Entwicklungshilfe, im Sinne des ersten, mit uns vereinbarten Entwurfes, zurückgewiesen wird. Es sind insbesondere folgende Gründe, die uns dazu veranlassen:

- a) Die Schweiz hat sich in Indien in der Vergangenheit durch unser Programm für technische Zusammenarbeit und unsere Finanzhilfekredite einen grossen Goodwill aufgebaut, der durch die vorgesehene Antwort auf die Interpellation Kloter für längere Zeit Schaden leiden würde.
- b) Unser Handelsaustausch mit Indien (1973: Einfuhr 69 Mio, Ausfuhr 120 Mio) und insbesondere unsere Privatinvestitionen in diesem Land (Stand Ende 1972 ca. 140 Mio Fr.) nehmen ein beträchtliches Ausmass an. Indien ist das grösste Investitions-

- 3 -

land der Schweiz in Asien. Vor allem die Chemie- und Maschinenindustrie hat dort Tochtergesellschaften gegründet und gegenwärtig prüft auch die Uhrenindustrie die Errichtung von Produktionsstätten. Ferner versuchen wir mit Indien ins Gespräch zu kommen über den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens. Alle diese Resultate und Bemühungen würden durch die vorgesehene Antwort auf die Interpellation Kleter gefährdet.

c) Indien spielt in vielen internationalen Organisationen als Sprecher der Entwicklungsländer eine wichtige Rolle. Wir würden uns durch den vom EPD beabsichtigten Entscheid einen "Gegner" schaffen, was wir im Hinblick auf unsere allfälligen Bemühungen um einen Beitritt zum IMF und zur Weltbank oder zum neu geschaffenen Entwicklungsausschuss des IMF und der Weltbank vermeiden sollten.

d) Indien gehört zu den von den weltwirtschaftlichen Umstellungen am stärksten betroffenen Ländern. Im Rahmen des von der UNO beschlossenen Soforthilfeprogramms für diese Länder ist ein grosser Teil der bilateralen und multilateralen Massnahmen für Indien bestimmt. Die beabsichtigte Erklärung würde also der auf internationaler Ebene herrschenden Tendenz zuwiderlaufen.

5. Alle Industriestaaten im Indien-Konsortium der Weltbank haben bekanntgegeben - und dies kurz nach der Bombenexplosion -, dass sie ihre Hilfe an Indien im bisherigen oder erhöhtem Ausmasse weiterführen werden. Der Betrag der Hilfsversprechen für 1974/75 beträgt rund 1,4 Mia \$. Kanada, das wesentlich zur Entwicklung der Atomindustrie in Indien beigetragen hat, führt sein Programm weiter und hat lediglich seine Hilfe auf dem Atomsektor eingestellt. Auch die neutralen Staaten Schweden und Oesterreich - Mitglieder des Konsortiums - haben ihre Hilfsversprechen erhöht. Es wäre unverständlich, wenn sich die Schweiz als einziges Industrieland und als neutraler Staat in der vorgesehenen Art verhalten würde.

6. Der vorliegende Text der Antwort ist auch deshalb unbefriedigend, weil er eine ausführliche Rechtfertigung der indischen Atompolitik enthält und dann doch zu einer Absage von neuer Hilfe kommt. Die Antwort sollte auch in dieser Hinsicht ausgeglichener sein.
7. Wir haben bisher immer hervorgehoben, dass die schweizerische Entwicklungshilfe nicht von politischen Ueberlegungen geleitet sei. Ein Verzicht auf jede neue öffentliche Hilfe wegen des Atomversuches würde diesem Grundsatz widersprechen und die bisherige entwicklungspolitische Leistung der Schweiz, aber auch ihre aussenpolitische Glaubwürdigkeit in Frage stellen.

Ob Indien in der nächsten Zukunft neue Kredite gewährt werden sollen, ist eine andere Frage. Zurzeit stehen jedenfalls keine grösseren Kredite in Aussicht. Der Bundesrat hat bei jeder Kreditvorlage im gegebenen Zeitpunkt zu entscheiden, ob ein Kredit an Indien gewährt werden soll oder nicht. Diese Frage muss jedoch nicht im jetzigen Moment unter Hinweis auf den Atomstopp entschieden werden.
8. Der Vorsteher des EPD scheint der Ansicht zu sein, die Situation hinsichtlich des Entwicklungshilfegesetzes verlange eine solche eindeutige Antwort. Wir sind der Auffassung, dass diese beiden Dinge auseinandergelassen werden sollten. Die Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament ist frühestens Mitte des nächsten Jahres zu erwarten; bis dann dürfte diese Frage kaum mehr grosse Wellen werfen. Bereits jetzt scheint sich die öffentliche Meinung etwas beruhigt zu haben.
9. Unser Departement hatte, wie bereits erwähnt, keine Gelegenheit, zu der vom EPD vorgeschlagenen Version Stellung zu nehmen. Der

- 5 -

Entscheid, Indien keine neue Hilfe zu gewähren, ist unserer Ansicht nach aussen-, wirtschafts- und entwicklungspolitisch von grosser Tragweite, so dass das vom Bundesrat eingesetzte interdepartementale Komitee für Entwicklungshilfe vorgängig begrüsst werden sollte.

sig. Jolles

Beilagen